

Inhalt der Sitzung vom 21.09.2009

TOP Ö 1 Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Haag fragte an, ob unter TOP 7 auch über eine Ladezone beschlossen wird und von wann bis wann diese vorgesehen wäre.

Bürgermeister Schmitt verneinte dies.

Frau Fuhr fragte an, nach welchen Kriterien das zu TOP 7 erstellte Lärmgutachten geprüft wird und wie die Einwendungen der Anwohner Berücksichtigung finden.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass die Zuständigkeit nicht bei der Gemeindeverwaltung sondern beim Landratsamt liegt und daher keine Beantwortung der Fragen möglich ist.

Herr Kunze wollte zur Wahl des 1. Bürgermeister-Stellvertreters eine Stellungnahme abgeben und an das Gremium eine Frage richten.

Dies kann in einer Gemeinderatssitzung nicht stattfinden und musste daher von Bürgermeister Schmitt abgelehnt werden.

TOP Ö 2 Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters

Gemäß § 48 Abs. 1 Gemeindeordnung (GemO) bestellt der Gemeinderat aus seiner Mitte für den Verhinderungsfall Bürgermeisterstellvertreter.

In der Sitzung vom 20. Juli 2009 konnte die Stellvertretung durch Wahl nicht geregelt werden und wurde vertagt. GR Ulf-Udo Hohl (GLP) wurde bereits als 1. Bürgermeisterstellvertreter vorgeschlagen.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) verkündete, dass die Situation vom 20. Juli 2009 nicht mehr herstellbar sei. Er habe nach Zweifeln sich aufgrund des großen aus der Bevölkerung erfahrenen Zuspruchs sich dazu entschlossen, für die Demokratie die Kandidatur aufrecht zu erhalten.

GR Gerhard Waldecker (PL) lobte die Arbeit von Horst Kolb, der in der Interimszeit als ältestes Ratsmitglied die Stellvertretung inne hatte und schlug ihn als 1. Bürgermeisterstellvertreter vor.

Der Gemeinderat bestimmte durch geheime Wahl GR Horst Kolb (PL) mit 12 Stimmen zum 1. Bürgermeisterstellvertreter. GR Ulf-Udo Hohl (GLP) erhielt 6 Stimmen.

GR Horst Kolb (PL) nahm die Wahl an und bedankte sich für das in ihn gesetzte Vertrauen. Er kündigte an sich zu bemühen, dass die entstandenen Gräben zugeschüttet werden.

GR Jutta Schuster (CDU) schlug GR Hans-Peter Helmling (CDU) zum 2. Bürgermeisterstellvertreter vor.

GR Gerhard Waldecker (PL) verwies auf ein schriftliches Gesprächsangebot der PL an die CDU, dass bis dato ignoriert worden sei. Dennoch erklärte er, dass man seitens der PL dem Kandidaten der CDU nicht im Weg stehen werde.

GR Dr. Udo Weis (CDU) erklärte, dass sowohl er als auch GR Jutta Schuster (CDU) im Urlaub waren und er sich nach seiner Rückkehr umgehend bei GR Ulrike Breitenbücher (PL) gemeldet habe und ein Gesprächsangebot für das ganze Gremium angeboten habe. Dies solle der Bürgermeister koordinieren.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab bekannt, dass man dem CDU Kandidaten zustimmen werde, forderte allerdings eine geheime Wahl.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) wurde mit 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen zum 2. Bürgermeisterstellvertreter gewählt. Er nahm die Wahl an und bedankte sich. Auch er wolle zur Annäherung im Gremium beitragen.

TOP Ö 3 Interkommunaler Kostenausgleich für die Kindertagesbetreuung

Zum 1. Januar 2009 ist die Neufassung des Kindertagesbetreuungsgesetzes rückwirkend in Kraft getreten mit einer gesetzlichen Regelung zum Kostenausgleich zwischen Standortgemeinde und Wohnsitzgemeinde für die Betreuung auswärtiger Kinder. Durch den Gemeinderat wurden Empfehlungen für pauschalisierte Beträge und ein öffentlich-rechtlicher Vertrag für die Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises zur Umsetzung des interkommunalen Kostenausgleichs erarbeitet.

GR Horst Kolb (PL) vermutete, dass dieses Thema den Gemeinderat noch weiter beschäftigen werde und stimmte für die PL zu.

GR Jutta Schuster (CDU) stimmte für die CDU ebenfalls zu und bat die Verwaltung um eine Aufstellung der in Plankstadt angemeldeten auswärtigen Kindergartennutzer und der Plankstadter Nutzer auswärtiger Angebote.

GR Gaby Wacker (SPD) stimmte für die SPD zu und bemängelte, dass die Empfehlungen des Gemeinderates mit inhaltlichen Fehlern behaftet seien.

GR Sigrid Schüller (GLP) begrüßte, dass man nunmehr die Kindergartenangebote frei und interkommunal nutzen kann und sich daraus ein Wettbewerb ergäbe. Sie bemerkte weiter, dass dieser Vertrag allerdings auch ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr wie von der GLP gefordert eher nicht mehr realisierbar mache und gab die Zustimmung der GLP.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Umsetzung des interkommunalen Kostenausgleichs nach den empfohlenen Pauschalbeträgen und ermächtigte die Verwaltung zum Abschluss des diesbezüglichen öffentlich-rechtlichen Vertrages.

TOP Ö 4 Grabaushubarbeiten auf dem Friedhof - Auftragsvergabe

Eine Reparatur des defekten Friedhofbaggers würde sich auf mehrere Tausend € belaufen. In den vergangenen Jahren wurde ein zunehmender Rückgang von Sargbestattungen festgestellt, einhergehend mit erhöhter Nachfrage nach Urnenbestattungen. Daraus resultiert eine Abnahme der Einsatzzeiten des Friedhofbaggers. Eine Ersatzbeschaffung wäre daher unwirtschaftlich. Daher hat die Verwaltung nach Zustimmung des Gemeinderats die Grabaushubarbeiten bis zum 31.12.2010 ausgeschrieben.

GR Silke Layer (PL) teilte die Meinung, dass eine Neuanschaffung oder Reparatur unwirtschaftlich wäre, forderte

aber einen sensiblen und pietätvollen Ablauf der Arbeiten. Sie gab für die PL die Zustimmung.

GR Karl Schleich (CDU) stimmte für die CDU zu, äußerte aber auch, dass immer mehr fremd vergeben würde. Er fragte nach, was mit dem Bauhof geschehe und lobte das Friedhofspersonal.

Bürgermeister Schmitt sprach sich deutlich für den Gemeindebauhof aus und erklärte, dass unabhängig davon eine wirtschaftliche Aufgabenerledigung notwendig ist.

GR Jutta Schneider (SPD) sprach von der Privatisierung kommunaler Aufgaben und forderte den Bauhof zu sichern und autark zu machen. Um die Gerätschaften besser auszulasten, sollten mehr Arbeiten vom Bauhof ausgeführt werden, sonst stünde dieser irgendwann zur Disposition. Weiterhin müsse man die Optimierung von Arbeitsabläufen überprüfen. Sie versagte eine Zustimmung seitens der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sprach sich dafür aus, Privatisierungen entgegenzuwirken und äußerte, dass man den Bagger auch für andere Zwecke einsetzen könne. Er sprach sich für die Reparatur des Baggers aus. Er forderte eine Aufstockung des Bauhofes, der erhalten bleiben solle.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) fragte die entstehenden Kosten an, wenn der Bagger auch für andere Arbeiten eingesetzt würde.

BAL Boxheimer erklärte, dass es sich bei dem Bagger um ein Spezialgerät handle, dessen Einsatz für andere Aufgaben unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen würde.

Der Gemeinderat vergab mehrheitlich mit 13 Zustimmungen und 5 Ablehnungen den Auftrag zur Durchführung der Grabaushubarbeiten auf dem Friedhof für die Zeit vom 01.10.2009 bis 31.12.2010 an die Fa. Kühnle aus Reilingen, die das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat. Für dieses Jahr erfolgt eine außerplanmäßige Bereitstellung der Finanzmittel.

TOP Ö 5 Sanierung des Bauhofdachs und Aufbau einer Photovoltaikanlage - Auftragsvergabe

Bereits in der Sitzung am 20. Juli 2009 hat der Gemeinderat einstimmig der Ausschreibung der Bauleistungen zur Errichtung einer Photovoltaikanlage zugestimmt, die im Zusammenhang mit der Sanierung der Dachabdichtung montiert werden soll.

GR Stephan Verclas (PL) gab die Zustimmung der PL ab und begrüßte, dass eine Plankstadter Firma den Zuschlag erhält.

GR Jutta Schuster (CDU) lobte die Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Sie fragte warum nochmals statische Berechnungen durchgeführt werden müssen, nachdem in der letzten Sitzung bestätigt wurde, dass die Statik abgesichert ist. Sie betonte, dass die Auftragsvergabe nur erteilt werden dürfe, wenn eine Modulaufständigung möglich sei, ansonsten müsse die Vergabe hinfällig sein.

Bürgermeister Schmitt bestätigte dies und erläuterte, dass die erneute Berechnung der Statik von der Firma durchgeführt werde, da diese auch die Gewährleistung zu tragen habe.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende bewertete die bessere Leistung positiv. Er forderte eine Diebstahlsicherung der Anlage, was seitens der Verwaltung bestätigt wurde. Er betonte, dass es für die Dachsanierung einen günstigeren Bieter gab, und erteilte der Dachsanierung die Zustimmung der SPD, die Vergabe der Photovoltaikanlage wurde abgelehnt.

GR Sigrid Schüller (GLP) zweifelte an der Eignung des ausgesuchten Objekts. Sie stimmte für die GLP der Dachsanierung zu, lehnte aber die Vergabe der Photovoltaikanlage ab.

Der Gemeinderat stimmte mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen und 5 Ablehnungen für die Vergabe des Auftrages zur Sanierung der Dachabdichtung der Bauhofhalle und zur Lieferung und Montage einer Photovoltaikanlage an die Firma Kaffenberger aus Plankstadt mit einer Auftragssumme von 156.358,12 €. Für die Photovoltaikanlage erhielt das Angebot mit der Verwendung deutscher Solarzellen zum Preis von ca. 326.704 € den Zuschlag.

TOP Ö 6 Erneute Behandlung des Bauantrages zu baulichen Veränderungen auf den Grundstücken Flst.Nrn. 2476, 2477 und 2478, Alter Heidelberger Weg 1

Nach Versagung des Einvernehmens zu dem o.g. Bauantrag in der Sitzung am 20.07.2009 hat das Baurechtsamt mitgeteilt, dass die Versagung als rechtswidrig eingestuft wird.

GR Gerhard Waldecker (PL) zeigte sich nicht erfreut über die erneute Vorlage und teilte die Enthaltung der PL mit.

GR Andreas Wolf (CDU) fragte, ob vom Antragsteller eine Gewerbebeanmeldung vorliegt und teilte die Enthaltung der CDU mit.

Bürgermeister Schmitt informierte, dass ein Gewerbe angemeldet sei, jedoch in einer anderen Gemeinde ein entsprechender Platz für den Gewerbebetrieb angemietet sei.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) teilte die Enthaltung der SPD mit.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

GR Stephan Verclas (PL) prangerte das Verhalten des Landratsamtes an, das dem Gemeinderat den „Schwarzen Peter“ in dieser Angelegenheit geben wolle.

Der Gemeinderat erteilte mit 3 Ja-Stimmen und 15 Enthaltungen das Einvernehmen zu der Errichtung einer 1,60 m hohen offenen Einfriedigung mit standortheimischer Heckenhinterpflanzung und einem 1,60 m hohen Einfahrtstor entlang der nördlichen Grenze der Grundstücke FlstNrn. 2476, 2477 und 2478, zu der Errichtung einer 1,60 m hohen und 37 m langen offenen Einfriedigung in 1,50 m Abstand zu der westlichen Grenze des Grundstücks Flst.Nr. 2476 bis in Höhe der südlichen Garagenwand auf dem Grundstück Flst. Nr. 2477, zu der Errichtung eines Abstellplatzes und von 5 PKW-Stellplätzen unter Verwendung von Rasengittersteinen, sowie zum Einbau einer Loggia auf der Westseite des Dachgeschosses.

TOP Ö 7 Antrag auf Umnutzung von Lagerräumen auf dem Grundstück Flst.Nr. 183/3, Wilhelmstr. 35

Nach der Zurückstellung des Einvernehmens in der Sitzung am 16.03.2009 hat die Gemeinde am 24.07.2009 den Prüfbericht des Sachverständigenbüros erhalten und wurde vom Baurechtsamt zur Herbeiführung der Einvernehmensentscheidung aufgefordert.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) befand unter Würdigung der unterschiedlichen Interessenstandpunkte den Kompromiss für gut und gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) betonte eine andere Sichtweise und beleuchtete das seit 1994 andauernde Verfahren näher. Er bat für die CDU um Vertagung.

GR Dr. Udo Weis (CDU) betonte, dass die Richtwerte der TA Lärm keinesfalls Rechtsverbindlichkeit besitzen und nur zur Orientierung dienen.

GR Prof. Dr. Dr. Mende (SPD) lobte die Geduld der Anwohner und ließ klären, dass Lade- und Lieferzone identisch sind. Er schlug den erweiterten und später beschlossenen Antrag vor.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) erachtete es als besser, alle offenen Fragen dieser Angelegenheit nochmals im Ausschuss zu diskutieren. Er betonte, dass man den Prüfbericht nicht zu Grunde legen könne und forderte einen Katalog des Baurechtsamtes zur Entscheidungsfindung im Gemeinderat. Er stimmte dem erweiterten Antrag von GR Prof. Dr. Dr. Mende zu.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) forderte aufzunehmen, dass die Ausnahmegenehmigung nur gilt, bis sich andere Rahmenbedingungen ergeben.

Bürgermeister Schmitt erklärte kurz, dass dies nicht erforderlich ist, da bei einem störenden Betrieb im Sinne des Baugesetzbuches keine Genehmigung mehr möglich sei.

GR Karl Schleich (CDU) erklärte, dass die CDU-Fraktion nach dem erweiterten Beschlussvorschlag von GR Pro. Dr. Dr. Mende eine Vertagung des Tagesordnungspunkt nicht mehr für notwendig erachtet und er den Antrag zurückziehe.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) gab zu bedenken, dass es sich hier um ein Unternehmen handelt, dass seit 1995 in der Gemeinde arbeitet und hier auch die Gewerbesteuer entrichtet. Hier sollte ein Kompromiss eingegangen werden, welcher die Aufrechterhaltung des Betriebes ermögliche.

Der Gemeinderat beschloss daraufhin mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 7 Gegenstimmen bei 2 Enthaltungen das Einvernehmen zu der Umnutzung von Lagerräumen eines Lebensmittelladens als Lagerräume eines Molkereiproduktgroßhandels auf dem Grundstück Flst.Nr. 183/3, Wilhelmstr. 35 zu erteilen, wenn dieser als sonstiger nicht störender Gewerbebetrieb im Sinne von § 4 Absatz 3 Ziffer 2 BauNVO geführt wird. Als Bedingungen für den Genehmigungsbescheid wurde beschlossen, dass die Anlieferung an Werktagen und nur von 7.00 bis 8.00 Uhr erfolgen darf, die Ausnahmegenehmigung bis zur Aufgabe bzw. Verkauf des Anwesens, längstens bis 31.12.2012 befristet gilt, im Anlieferungsbereich der Bodenbelag so auszuführen ist, dass beim Be- und Entladen, besonders beim Befahren von Containern und Hubwagen kein unnötiger Lärm entsteht und bei

Ladezonen darauf zu achten ist, dass ein Bodenbelag gewählt wird, der auf die Benutzung der eingesetzten Transportmittel, mit denen er befahren wird, abgestimmt ist. Der Boden- bzw. Fahrbahnbelag muss glatt, eben und ohne Querrillen bzw. Fugen ausgebildet sein.

TOP Ö 8 Bauantrag zum Neubau eines Hühner- und Entenstalles auf dem Grundstück Flst.Nr. 1315 im Gewann Neurott

Mit dem Neubau des Hühner- und Entenstalles auf einer Parzelle des Kleintierzuchtvereins im Außenbereich wurde bereits begonnen. Der Bauherr wurde auf die Genehmigungspflicht hingewiesen und hat einen Bauantrag eingereicht.

Der Gemeinderat erteilte einstimmig das erforderliche Einvernehmen.

TOP Ö 9 Bauvoranfrage zur Wohnhausaufstockung auf dem Grundstück Flst.Nr. 392, Scipiostr. 7

Die geplante Maßnahme des bestandgeschützten Flachdachgebäudes entspricht hinsichtlich der überbaubaren Fläche und der Dachform nicht den Bebauungsplanfestsetzungen, was eine Befreiung städtebaulich nicht vertretbar macht.

Der Gemeinderat versagte einstimmig das Einvernehmen zu der Bauvoranfrage.

TOP Ö 10 Antrag auf Befreiung zur Wanderhöhung auf dem Grundstück Flst.Nr. 5020, Willy-Brandt-Str. 58

Zur besseren Ausnutzung im Dachgeschoss planen die Antragsteller und der angrenzende Grundstückseigentümer eine vom Bebauungsplan abweichende Wandhöhe. Das einheitliche Gesamterscheinungsbild des Gebietes wird ausreichend gesichert, so dass der Erteilung des Einvernehmens nichts entgegensteht.

Der Gemeinderat erteilte einstimmig das Einvernehmen zu dem gestellten Antrag.

TOP Ö 11 Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Beschluss aus der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 20.07.2009 wird durch Aushang an der Bekanntmachungstafel des Rathauses bekannt gemacht

TOP NÖ 1 Einstellung eines Auszubildenden für das Maurerhandwerk

Der Gemeinderat beschloss, zum 01.09.2009 einen Auszubildenden für das Maurerhandwerk einzustellen.

TOP NÖ 2 Ausbildungsstellen für das Jahr 2010/2011

Der Gemeinderat beschloss, dass zwei Ausbildungsstellen zur/m Verwaltungsfachangestellten bzw. Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst bei der Gemeinde Plankstadt 2010 zur Verfügung gestellt werden und die Verwaltung beauftragt wird, die Stellen zum entsprechenden Zeitpunkt auszuschreiben.

TOP Ö 12 Verschiedenes

Der Bürgermeister informierte zu folgenden Themen:

Die Vergabe der Heizungs- und Lüftungssanierung Mehrzweckhalle erfolgten an Fa. Climatec aus Hockenheim zum Angebotspreis von 263.017,45 € und damit nochmals deutlich unter dem in der Gemeinderatssitzung festgelegten Grenzwert von rd. 280.000 €.

Im Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ erfolgte der Baubeginn der Lärmschutz - Gabionenwände und der Straßenbau im Bereich „Nord“. Die Grundstücke werden wie im Zeitplan vorgesehen Ende Oktober bebaubar sein.

Die Fassadensanierungsarbeiten an den Gemeinدهäusern Hildastr. 14-20 und Hildastr. 32-34 wurden weitgehend abgeschlossen.

Der Einbau der neuen Fenster an der Friedrichschule wurde ebenfalls weitgehend abgeschlossen. Die Fassadensanierung auf der Südseite bis auf Restarbeiten am Sockel ebenfalls.

Die Eingangstüren an den beiden Unterrichtsgebäuden der Humboldtschule wurden erneuert. Die Arbeiten sind bis auf kleine Restarbeiten abgeschlossen.

In der vergangenen Woche wurde Regierungspräsident Dr. Kühner nochmals wegen der Herabstufung der Eisenbahnstraße angesprochen. Er hat zugesagt sich darum zu kümmern. Parallel wurde Kontakt mit dem LRA aufgenommen wegen einer Beruhigung der Eisenbahnstraße, auch wenn diese noch nicht zur Gemeindestraße herabgestuft ist, so dass wenigsten Tempo 30 Zone und Rechts-vor Links Verkehr eingeführt werden kann.

Das EDV-Netzwerk in der Verwaltung wurde im vergangenen Monat umgestellt und modernisiert. Aufgrund vorher nicht erkennbarer Unwägbarkeiten kam es dabei leider zu zeitlichen Verzögerungen, so dass die Bürgerdienste über 2 Wochen leider nur eingeschränkt verfügbar waren. Mittlerweile ist das neue Netzwerk installiert.

Aus den Reihen des Gemeinderats gab es Anfragen zu folgenden Themen:

- GR Karl Schleich (CDU) wies darauf hin, dass man künftig im Rahmen des Straßenfestes die Überwachung des ruhenden Verkehrs großzügiger handhaben solle.

- GR Gaby Wacker (SPD) bewertete das Konzept für die Eisenbahnstraße positiv. Sie fragte nach den Ergebnissen der Umfrage zum Kauf der Stellplätze in der Siedlung. Bürgermeister Schmitt antwortete, dass das Ergebnis der Verwaltung vorliegt, mittlerweile jedoch in den Verkauf von Stellplätzen Bewegung gekommen sei, weshalb man die Angelegenheit noch zurückgestellt habe.

Weiterhin fragte sie an, ob für die Bauarbeiten in der Lessingstraße ein Ende absehbar ist. Dies wurde verneint, da die Arbeiten in der Beethovenstraße fortgeführt werden.

Zuletzt verwies sie auf den Zustand des Spielplatzes in der Bahnstraße.

- GR Jutta Schuster (CDU) bat darum, die geplanten Ausgaben für die EDV den Fraktionen nochmals aufzulegen. Weiterhin regte sie die Planung neuer Krippenplätze an. Bürgermeister Schmitt informierte, dass man zu diesem Zweck einen Kommunalentwickler eingeladen habe, um sinnvolle und passende kurzfristige und mittelfristige Lösungen anbieten zu können.

- GR Dr. Stephan Verclas (PL) fragte an, wie die verlängerten Öffnungszeiten des Häckselplatzes angenommen werden und wie sich die Kosten entwickelt haben. Weiterhin fragte er nach dem Stand der Planung für die Verbesserung des Anlieferbereiches. Bürgermeister Schmitt führte aus, dass die Verbesserung der Verhältnisse vor Ort insbesondere davon abhängt, das Grundstück im Rahmen der Flurbereinigung erwerben zu können, wofür die Verwaltung sich derzeit bemüht.

- GR Ulf-Udo Hohl (GLP) schlug vor an Markttagen in der Kurzzeitparkzone großzügiger zu überwachen und monierte den durch Baumaßnahmen verursachten Lärm in der Lessingstraße und den Zustand der Ausgleichsfläche im Rheingewann. Zuletzt fragte er an, ob ein Einbruch bei den Gemeindefinanzen analog der Nachbargemeinden zu erwarten sei, was bejaht werden musste.

- GR Siegrid Schüller (GLP) kritisierte, dass keine Ferienbetreuung angeboten werden konnte und erkundigte sich nach der Nutzung des Kinderhorts.

- GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) regte an, die Fahrradwege im Hasenpfad besser zu beschildern und erkundigte sich nach den geplanten Dogstations. Bürgermeister Schmitt informierte, dass sich hier eine bessere Variante aufgetan hat und die Verwaltung die Hundebesitzer bald direkt anschreiben wird.

- GR Ulrike Breitenbücher (PL) gab zu bedenken, dass man im Zuge der Baustelle die Lessingstraße nicht über mehrere Wochen sperren könne und fragte nach der Begründung der B 535.